

# Arbeit im «Tabubereich der Gesellschaft»

Der dienstjüngste Stammer Gemeinderat ist in seinem Beruf nicht nur als Landschaftsgärtner tätig, sondern kümmert sich auch um Gräberaufhebungen. Für die SN spricht er über seine Arbeit mit den Verstorbenen.

Selina Battaglia

STAMMHEIM/FEUERTHALEN. «Der November ist der traditionelle Monat für die Grabfeldräumung», erklärt Martin Farner-Schmid. Neben seinem Amt als Stammheimer Gemeinderat und dem Beruf als Landschaftsgärtner kümmert er sich seit 30 Jahren um die Verstorbenen in Stammheim und Feuerthalen. Wie kam der gebürtige Weinländer zu der Arbeit im, wie er sagt, «Tabubereich der Gesellschaft»?

Aufgewachsen ist Martin Farner in einer Bauernfamilie in Oberstammheim. Als er seinen ersten Schritt in seiner Berufslaufbahn machte, trat er die Lehre als Landschaftsgärtner in Winterthur an. «Seit der Lehre Ende der 70er-Jahre habe ich immer wieder Schnittstellen mit Friedhöfen gehabt», so Farner. Den damaligen Lehrling störte dies jedoch keineswegs. Im Gegenteil, denn Farners Interesse an der Geschichte konnte mit interessanten Funden befriedigt werden. So entdeckte der damals 17-Jährige zusammen mit seinen Arbeitskollegen bei Grabarbeiten für eine Friedhofserweiterung beispielsweise ein Massengrab des Flugzeugabsturzes bei Wasterkingen aus dem Jahr 1956. Oder das Skelett eines französischen Bourbakisolaten, mitsamt dessen erhaltener Uniform, der 1871 in Winterthur begraben worden war. Nach der Lehre zog Farner nach Rapperswil für ein Fachhochschulstudium als Landschaftsarchitekt um.

Vor 33 Jahren gründete Farner seine Gartenbaufirma in Guntalingen. Mittlerweile ist das Team auf zehn Personen angewachsen. Zusammen sind sie für den Bau, die Umgestaltung und die Pflege von Gärten zuständig. Die Verbindung zu den Friedhöfen besteht heute noch. Ungefähr alle fünf Jahre führt Farner als zuständiger Friedhofsgärtner mit seiner Firma eine Grabfeldräumung in den Friedhöfen von Stammheim und Feuerthalen durch.

## Sich um die Verstorbenen kümmern

Grundsätzlich werde nach Ablauf der gesetzlichen Grabruhe, die 25 Jahre beträgt, das Grab geräumt. Bei der Arbeit kommt Farner jedoch nicht in direkten Kontakt mit den Toten und deren Hinterlassenschaften. «Eine Grabfeldräumung passiert oberflächlich», erklärt der 59-Jährige. Da-



Arbeit mit dem Tod als Normalität: Martin Farner-Schmid auf dem Friedhof Feuerthalen.

BILD SELINA BATTAGLIA

bei wird zuerst das Grabmal entfernt, anschliessend beim lokalen Kieswerk deponiert, dort geschreddert und dem Kies beigegeben. Beim Grabfeld werden die Pflanzen abgeräumt und kompostiert, weitere Gegenstände entfernt. Die planierte Fläche lässt das Team über den Winter stehen. Im Frühling wird die Stelle dann wieder angesät und somit frei für eine neue Bestattung.

«Viele Schweizer Friedhöfe sind auf lehmigem Boden gebaut», erklärt Farner. Dort seien die Böden wassergesättigt, wodurch die Leichen nicht richtig verwesen könnten und es zu Wachsleichen komme. In den Friedhöfen, für die Farner zuständig ist, sieht es anders aus. Der Friedhof Feuerthalen befindet sich auf einem Kiesboden. Das Wasser laufe schnell ab, die Leiche habe genug Luft und verwese optimal. In Stamm-

## «Anhand der Friedhöfe lernt man sehr vieles über das jeweilige Land, die Menschen und deren Kultur kennen.»

Martin Farner-Schmid  
Grabaufheber und Landschaftsgärtner

heim sei der Boden auch vorteilhaft für eine schnelle Verwesung. Dies, weil man im alten Friedhofsteil seit gut 500 Jahren gearbeitet und den Boden öfters umgesetzt habe.

## Die Friedhofskultur im Wandel

Meist trifft Farner nur noch auf die Knochen der Toten. Diese entdeckt er aber erst, wenn die Gruppe das Grab für die nächste Bestattung vorbereitet. Die Knochen werden dann am gleichen Ort – einfach tiefer – begraben. Auch bei Urnenbestattungen sehe dies ähnlich aus. Bei Urnen, die sich zersetzen können, wie beispielsweise Holzurnen, treffe er meist nur noch die Asche an. In Gräbern mit einer Tonurne werde diese tiefer begraben oder die neue Urne werde nebenan bestattet. Ein Rückblick in die vergangenen Jahre als Grabaufheber

lassen Farner gewisse Entwicklungstendenzen erkennen. In seinem Büro pflegt er ein Buch, das die Bestattungen am Stammheimer Friedhof bis ins Jahr 1933 festhält. Waren es damals noch 24 Erd- und null Urnenbestattungen, so fanden 2019 nur noch drei Erd-, aber 14 Urnenbestattungen statt.

«Die Individualisierung in der Gesellschaft ist grösser geworden, das färbt auf die Friedhofskultur ab», so Farner. Die Zahl der Menschen, welche die Urne mit nach Hause nehmen, steige stetig. Im Anschluss werde die Urne gerne im Garten bestattet, unter einem Baum oder man verteile die Asche in der Natur. Von zehn Bestattungen würden heute durchschnittlich eine oder zwei nicht mehr am Friedhof durchgeführt. «Die Bräuche ändern sich mit der Zeit», fährt Farner fort. Er erinnert sich an eine Tradition, die er in seiner Kindheit erlebt hat: Bis in die 70er-Jahre hätten Angehörige zusammen mit dem Dorfschreiner die Leiche eingesargt. Am dritten Todestag habe man die Leiche in einem Leichenwagen, gezogen von Pferden, abtransportiert. Dabei sei die ganze Trauergemeinde bis zum Friedhof hinter dem Wagen hergelaufen. Auch die Fahrer der vorbeifahrenden Autos machten Platz, stellten den Motor ab und hielten für einen kurzen Moment inne. Dieser Brauch sei erloschen. Heutzutage wickelten Bestattungsfirmen die erforderlichen Dienstleistungen im Hintergrund ab.

Trotz der Veränderungen und des schwierigen Stands, den Friedhöfe zurzeit haben, denkt Farner nicht, dass sie verschwinden werden. «In all den verschiedenen Zeiten, Kulturen und Religionen hat man das Brauchtum gepflegt, Verstorbene an einem Ort, den wir Friedhof nennen, zu bestatten.» Der Friedhof bleibe ein Ort der Ruhe und des Abschieds. Das Grab sei als Ort der stillen Einkehr und der Erinnerung an den Verstorbenen zu verstehen. Zudem dienten Friedhöfe sowohl heute als auch zukünftig als wichtige Grün- und Freiflächen in den Siedlungsgebieten.

Diesen Ort der Ruhe besucht Farner nicht nur in der Schweiz, auch auf Reisen sind Friedhöfe vor Ort sein Ziel. «Anhand der Friedhöfe lernt man sehr vieles über das jeweilige Land, die Menschen und deren Kultur kennen», so Farner.

## Journal

### Bahnhofstrasse für fünf Tage gesperrt

EGLISAU. Wegen des Baustarts der Überbauung «Aqua» ist die Bahnhofstrasse diese Woche bis Freitag, 13. November, 17.00 Uhr für den Verkehr gesperrt. Die Zufahrt für Anwohner und Besucher des Restaurants Rheinfels&Rank ist gestattet. Für Fussgänger besteht eine Passage auf der Rheinseite.

### Kontakt auf das Minimum reduzieren

MARTHALEN. Aufgrund der Corona-situation bittet die Gemeindeverwaltung, Besuche am Schalter auf das Notwendigste zu beschränken, Unterlagen in den Briefkasten zu werfen und Abstimmungsunterlagen frühzeitig per Post zuzusenden.

### Verseuchtes Trinkwasser: Ursache gefunden

TRUTTikon. Vergangene Woche wurden im Truttiker Trinkwasser E.coli-Bakterien nachgewiesen, nun ist die Ursache entdeckt worden: Ein undichter Wasserschieber oberhalb des Dorfes, wie es auf der Gemeinde-Website heisst. Das Trinkwasser sollte nach mehrfachen, gründlichen Spülungen schon bald wieder in allen Dorfteilen geniessbar sein.

## Gemeindefusionen: «Erfolg nach Skepsis»

Wenige Wochen vor der richtungsweisenden Abstimmung zur möglichen neuen Grossgemeinde Andelfingen schaltet sich eine Projektleitung in den Diskurs ein.

Alexander Joho

ANDELFINGEN. Die Projektleitung Politische Gemeinden Fusion Region Andelfingen meldet sich – zweieinhalb Wochen vor der Abstimmung zur Fusion der politischen Gemeinden und der Schulgemeinden von Adlikon, Andelfingen, Henggart, Humlikon, Kleinandelfingen und Thalheim an der Thur – mit, wie es in der Medienmitteilung heisst, «Präzisierungen» und «Klarstellungen» zu Wort.

Als Basis gelte das durch alle Gemeinderäte verabschiedete Flugblatt vom 22. März 2017 und der durch alle Gemeindepräsidenten verabschiedete und unterschriebene beleuchtende Bericht mit dem Fazit «die Voraussetzungen für eine Fusion der sechs politischen Gemeinden sind gut bis sehr gut». Dies, obwohl die Gemeinderäte der drei grössten Gemeinden im Fusionsgebiet den Zusammenschluss ablehnen (siehe SN vom 4. November).

Die bestehenden Zweckverbände, die bei einer Fusion aufgehoben würden, seien keine zukunftsorientierte Lösung,

Das Gemeindeamt des Kantons rate den Gemeinden, keine neuen Zweckverbände abzuschliessen und bestehende Verbände in eine andere Organisationsform zu überführen.

Die Strukturen seien träge, kompliziert und aufwendig, dazu hätten Stimmberechtigte bei Zweckverbänden kein Mitsprache- oder Kontrollrecht. Mit dem neuen Gemeindegesetz würden Zweckverbände selbstständige Finanzkonstrukte, die Gemeinden damit entmachtet; dem müsse ein Riegel vorgeschoben werden. «Eine Integration und die Auflösung der Zweckverbände in die neue Gemeinde stärkt die Demokratie und erlaubt den Behörden, die Finanzstrategie gesamtheitlich festzulegen», heisst es weiter.

### Vereinfachung der Aufgaben

Die Projektleitung betont im selben Schreiben erneut, dass eine Fusion in Bezug auf den Behördenapparat eine Professionalisierung mit sich bringe und es durch die Reduktion von aktuell 95 auf 17 Behördenmitglieder im Rahmen der Fusion zu finanziellen Einsparungen im Umfang von mehreren Hunderttausend Franken käme. Der errechnete Personalbestand sei nach der Bereinigung deckungsgleich mit ähnlich grossen Gemeinden mit rund 8500 Einwohnern, wie beispielsweise Dietlikon oder Rümlang. Zahlreiche Aufgaben, wie das Budget, die Rechnungslegung,

Projektarbeiten, Stellungnahmen, Vernehmlassungen, Sitzungen oder Gemeindeversammlungen müssten nur noch einmal statt wie gewohnt sechsfach erledigt werden. Eine damit einhergehende Reduktion der Verwaltungsörtlichkeiten führe zu einer Vereinfachung und Effizienzsteigerung.

### Infrastruktur erhalten

Die Projektleitung widerspricht der Aussage der Andelfinger Sektion der SVP, die sich gegen die Fusion stellt, dass es bei einer Fusion zu einer Verschiebung der politischen Verantwortung von den Behörden zur Verwaltung käme. Auch in der neu zu schaffenden Gemeinde würden die Kompetenzen des Gemeinderats und der Verwaltung schriftlich in der Gemeindeordnung festgelegt, über welche an der Urne abgestimmt werden müsste. Die Erfahrung aus «zahlreichen» ähnlich grossen Gemeinden im Kanton Zürich bestätigten solche Probleme nicht.

Die Projektleitung spricht sich darüberhinaus für den Erhalt der bestehenden Infrastruktur in den sechs Einzelgemeinden aus: «Der Grossteil wird weiterhin gebraucht.» Insbesondere an Vereinsstrukturen möchte man auch in Zukunft festhalten: «Vereine leisten einen wertvollen Beitrag an die Gesellschaft unserer neuen Gemeinde.» Ein politisches Eingreifen, wie beispielsweise durch Schliessungen von Örtlich-

keiten, sei in keiner Weise erwünscht und geplant.

Was den vorgesehenen neuen Gesamtsteuereffuss von 101 Prozent betrifft, so beruhen Zweifel daran, ob dieser Steuereffuss auch ausreiche, laut Projektleitung auf «reinen Vermutungen und nicht auf berechneten Grundlagen». Auch Gemeinden mit einem derzeit tieferen Steuereffuss wie Henggart müssten in naher Zukunft Steuererhöhungen einplanen, wie im Finanz- und Aufgabenplan ersichtlich. Dazu zeige der Bericht, dass per Ende 2022 Fremdkapital auf dem Markt beschafft werden müsste, um zukünftige Projekte realisieren zu können. Somit profitiere auch Henggart von einem Zusammenschluss und könne eine nachhaltige Finanzsituation sicherstellen.

Das Beispiel Stammheim zeige, dass eine Gemeindefusion Sinn mache; dort entsprächen der aktuelle Verwaltungsumfang sowie Gebühren und Steuereffuss den zuvor projektierten Grössen.

Die Projektleitung zitiert zum Abschluss der Mitteilung Umfragen des Zentrums für Verwaltungsmanagements der HTW Chur, die im Auftrag mehrerer Kantone alle fünf Jahre Umfragen zu realisierten Gemeindefusionen durchführt. Das generelle Fazit: Niemand wolle mehr zurück zur vorhergehenden Gemeindefusion; es werde bestätigt, dass sich die anfängliche Skepsis in Erfolg umgewandelt habe.